



Kubicek, Herbert; Lipka, Barbara; Westholm, Hilmar:

Medienmix in der Bürgerbeteiligung. Die Integration von Online-Elementen in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene.

Berlin: ed. sigma, 2009. 275 S. (Modernisierung des öffentlichen Sektors; 33) € 19,90 [D], 20,50 [A], sFr 33,80

ISBN 978-3-8360-7283-0

Rezensiert von Alfred Auer

Aktuelle Bücher zu Partizipation und Governance, vorgestellt im Auftrag des österreichischen Lebensministeriums für www.partizipation.at

Medienmix in der Bürgerbeteiligung

Durch das Internet haben sich in den letzten Jahren stark veränderte Kommunikations- und Interaktionsgewohnheiten der Bevölkerung im Allgemeinen, aber auch der Behörden untereinander herausgebildet. Nicht verwunderlich also, dass sich auch im Bereich BürgerInnenbeteiligung neben den bereits bestehenden traditionellen Kommunikationsformen zunehmend onlinebasierte Formen etablieren. Dies gilt sowohl für den Prozess der Meinungsbildung (Diskussion) als auch für die Entscheidungsfindung (E-Voting). Da in einem Beteiligungsverfahren in der Regel meist mehrere Kommunikationswege und -mittel zur Anwendung kommen, sprechen die AutorInnen von einem Medienmix. Sie untersuchen deshalb, ob und wie diese Formen kombiniert werden können. Dabei werden sowohl die Grundbegriffe der „E-Partizipation“ und der Medienkommunikation erörtert als auch die Planung des Medieneinsatzes sowie deren Wirkungen anhand von Beispielen aus der Praxis veranschaulicht.

Bürgerbeteiligung als Kundenservice

Seit Mitte der 1990er Jahre richten sich zweifellos große Hoffnungen auf den Einsatz elektronischer Kommunikationsmittel (Online-Tools). Dabei wurde nicht weniger erwartet, als sie „für eine Steigerung der Attraktivität und Nutzungsintensität von Verfahren der BürgerInnenbeteiligung einzusetzen“ (S. 223). „E-Demokratie“ oder „E-Partizipation“ wurden nicht nur zu Schlagworten hoffnungsvoller Visionen in Sachen Beteiligung, sondern auch zum Gegenstand staatlicher Förderprogramme. Nicht zuletzt erwartete die Politik davon Auskunft darüber, wie sie ihrem Anliegen, BürgerInnenbeteiligung als KundInnenservice zu begreifen mit dem Ziel, mehr Information, bessere Entscheidungsfindung und bürgerschaftliches Vertrauen in die politischen Institutionen zu stärken bzw. zurückzugewinnen, ein Stück näherkommen könnte.

Im vorliegenden Band geht es in erster Linie nicht um technische, sondern um kommunikative Aspekte. Die AutorInnen fordern einen organisatorischen Wandel der Verfahren und Strukturen im Verwaltungshandeln ebenso wie in der Kommunikation zwischen „Politik“ und „BürgerInnen“, die durch geeignete Tools unterstützt werden könnte (vgl. S. 226). Die Verwaltung sollte Information als Bringschuld gegenüber den BürgerInnen auffassen (und nicht vorrangig von diesen einfordern). Und warum sollte es nicht gelingen, Internetdienste für eine Steigerung der Attraktivität und Nutzungsintensität von Verfahren der BürgerInnenbeteiligung einzusetzen?

Anhand ausgewählter Beteiligungsprojekte wird zudem untersucht, ob und wie das Internet mit den bisher üblichen Praktiken kombiniert und so die Beteiligungsziele besser verwirklicht werden können. Welche Kombination von Medien zur höchstmöglichen Beteiligungsquote und den qualitativ besten Beiträgen führen, hängt – so ein Befund – vom jeweiligen Beteiligungsverfahren, dem Thema und den Zielgruppen ab.

Im vorliegenden Fall wurden v. a. Projekte in Bremen herangezogen, ergänzt um ein Projekt „Interaktiver Landschaftsplan“ in Königslutter, Migrantinnenbeteiligung in Arnsberg (NRW) sowie einem Projekt im niederländischen Dantumadeel, das EinwohnerInnen mit großem Erfolg per Handys und Internet zur Mitwirkung an der Dorfsanierung motivierte.

Förderung lokaler Demokratie

Entscheidende Impulse werden von den neuen Informations- und Kommunikationsmedien v. a. für die (Weiter)Entwicklung der lokalen Demokratie erwartet. Um die Möglichkeiten und Bedingungen der Technikunterstützung zu klären, kommt der Verknüpfung „realer“ und „virtueller“ Komponenten eine besondere Bedeutung zu. Wie die Erfahrungen aus den Projektbeispielen zeigen, ist das Setting in alltäglichen politischen Prozessen jeweils auszuloten und zielgruppen- und inhaltsgerecht anzupassen. Ausgehend von den Erfahrungen früherer Projekte betonen die AutorInnen, „dass Beteiligungsangebote nicht so attraktiv sind, dass sie ihre Nutzerinnen und Nutzer automatisch anziehen, sondern dass, ebenfalls unter Einsatz von Medien, Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden muss“ (S. 224). Notwendig ist in jedem Fall eine planvolle Einbettung in den Nutzungskontext der Adressaten (SchülerInnen in der Schule, EinwohnerInnen eines Quartiers auf dem Marktplatz oder im Einkaufszentrum). Insgesamt haben in den untersuchten Beispielen Online-Tools eine deutlich geringere Rolle gespielt als ursprünglich erwartet. „Selten haben sie eigene Attraktivität ausgeübt.“ (S. 225) In einigen Fällen stellten sie sogar für einen Teil der AdressatInnen zusätzliche Barrieren dar. Die in der Theorie geforderte Transparenz über die Regeln und den Verlauf der Verfahren wurde meist sträflich vernachlässigt, obwohl sie eine der zentralen Erfolgsbedingungen ist. Für zukünftige Beteiligungsprojekte gelte es jedenfalls drei Faktoren zu beachten: Transparenz durch Veröffentlichung aller Beiträge, eine klare Darstellung, wie das Projekt in den politischen Prozess eingebunden ist, sowie die Einbeziehung weiterer InteressentInnen durch verkürzte Beteiligungsformen (Rating).

Insgesamt wurde die Euphorie über die Möglichkeiten durch Online-Tools sehr gedämpft, so das ernüchternde Fazit dieser praxisorientierten Studie.

ZITIERT

„Internetdienste können sowohl Transparenz als auch Responsivität unterstützen, tun dies aber nicht automatisch, sondern müssen explizit dazu gestaltet werden.“ S. 226



Mehr Rezensionen finden Sie in **PRO ZUKUNFT**, dem seit 1986 von der Robert-Jungk-Bibliothek herausgegeben „Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen“ mit jeweils ca. 50 vorgestellten Neuerscheinungen.